



"Die agilsten Gegner Europas sitzen heute in Brüssel"

Rede von Sahra Wagenknecht, 07. Juli 2016

Rede von Sahra Wagenknecht in der Debatte des Bundestags am 07.07.2016 zur Regierungserklärung zum NATO-Gipfel

Dr. Sahra Wagenknecht (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Bundeskanzlerin, Geschichte wiederholt sich nicht, aber es gibt Phasen, in denen die politischen Uhren rückwärts zu gehen scheinen, unerbittlich zurück in eine Zeit, die sich eigentlich niemand zurückwünschen kann. Wer die Entwicklung der letzten Jahre verfolgt, der wird das beklemmende Gefühl nicht los, dass wir heute in genau so einer Phase leben, und ich möchte mir nicht ausmalen, wie das enden kann.

75 Jahre nach Beginn des deutschen Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion finden in unmittelbarer Nähe der russischen Grenze wieder martialische Kriegsübungen unter deutscher Beteiligung statt.

(Michael Grosse-Brömer (CDU/CSU): An der Grenze zum Baltikum auch!)

Die US-Atomwaffen in Deutschland werden

modernisiert - nicht abgebaut, Frau Merkel:
modernisiert - und Raketenbasen in ganz Europa
aufgebaut. Angeblich geht es immer nur um
Abschreckung, darum, Putin davon abzuhalten, ins
Baltikum einzumarschieren. Es würde mich wirklich
interessieren, ob diejenigen, die uns diesen
Schwachsinn erzählen, auch nur eine Sekunde selber
daran glauben.

(Beifall bei der LINKEN - Michael Grosse-Brömer
(CDU/CSU): Warum macht er denn dann ein großes
Manöver?)

Wer hat denn seine Grenzen in den letzten zwei
Jahrzehnten immer weiter nach vorne geschoben?

(Gunther Krichbaum (CDU/CSU): Russland!)

Russland in Richtung NATO, oder war es nicht eher
umgekehrt?

(Beifall bei der LINKEN - Gunther Krichbaum
(CDU/CSU): Russland über die Ukraine! So wird ein
Schuh draus!)

Die USA haben 5 Milliarden Dollar in einen Regime-
Change in der Ukraine investiert. Das Ergebnis ist ein
zerrissenes Land mit marodierenden faschistischen
Banden und, ja, die russische Annexion der Krim, die
immer als Beweis für die Aggressivität der russischen
Außenpolitik herhalten muss.

(Gunther Krichbaum (CDU/CSU): Für die
Friedfertigkeit bestimmt nicht!)

Auch die neue Aufrüstungsspirale dient angeblich
immer nur dazu, den russischen Bären im Zaum zu
halten. Eine dümmere Begründung kann man sich
wirklich nicht ausdenken.

(Beifall bei der LINKEN)

Aktuell liegen die Militärausgaben der NATO beim
etwa 13-Fachen der russischen. Und jetzt brauchen
wir noch mehr Aufrüstung, um die Sicherheit in

Europa zu gewährleisten? Was ist denn das für ein Irrsinn!

(Beifall bei der LINKEN)

Trotzdem gehörten Sie, Frau Bundeskanzlerin, wieder einmal zu den ersten, die die Umsetzung des 2-Prozent-Ziels angekündigt haben. 2 Prozent, das bedeutet 25 Milliarden Euro jedes Jahr mehr für Mordwaffen, für Panzer und für Kriegsgerät, aber für gute Renten fehlt uns angeblich das Geld, und für bessere Bildung erst recht. Was sind denn das für absurde politische Prioritäten, die Sie hier setzen? Das kann doch nicht Ihr Ernst sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Der große Außenpolitiker George F. Kennan hat die NATO-Osterweiterung schon Ende der Neunziger als den verhängnisvollsten Fehler der US-Politik seit der Ära des Kalten Krieges bezeichnet, eben weil die Einkreisung Russlands den Weltfrieden nicht sichert, sondern gefährdet. Und trotzdem wird sie immer weiter vorangetrieben, auch mit Ihrer Unterstützung, Frau Merkel. Wir finden das unverantwortlich.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie haben auf Artikel 5 des NATO-Vertrages hingewiesen. Leider haben Sie Artikel 1 nicht erwähnt, der die NATO-Mitglieder verpflichtet, sich jeglicher Drohung oder Gewaltanwendung zu enthalten. Ich glaube, es liegt auf der Hand, dass die NATO und allen voran die USA mit ihren völkerrechtswidrigen Kriegen und ihren Drohnenmorden ihren eigenen Vertrag tagtäglich mit Füßen treten. Dazu hätte ich von Ihnen auch ein Wort erwartet.

(Beifall bei der LINKEN - Michael Grosse-Brömer (CDU/CSU): Es lebe die völkerrechtliche Verlässlichkeit der Russinnen und Russen!)

Ich muss schon sagen: Über die Destabilisierung des

Nahen Ostens zu reden, wie Sie es eben getan haben, aber die Hauptverantwortung von NATO-Staaten und den Irakkrieg noch nicht einmal zu erwähnen, das zeugt nun wirklich von bemerkenswerter Einäugigkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Manöver in Osteuropa, die Hochrüstung, die Raketenbasen, die Truppenstationierung: Was kann Moskau darin denn anderes sehen als Kriegsvorbereitung? Auf jeden Fall wird so die Wahrscheinlichkeit und die Möglichkeit einer militärischen Eskalation mit der Atommacht Russland beträchtlich erhöht. Der Ernstfall, für den Sie in Osteuropa so lässig proben und von dem neuerdings in Militärkreisen wieder geredet wird, als wäre er ein kalkulierbares Ereignis - - Frau Merkel, ich finde es ja interessant, dass Sie sich mit Herrn Hofreiter unterhalten; aber ich würde es doch gut finden, wenn Sie meiner Rede wenigstens etwas Gehör verleihen würden. -

(Beifall bei der LINKEN - Sabine Weiss (Wesel I)

(CDU/CSU): Vielleicht sollten Sie ihr einmal zuhören! - Michael Grosse-Brömer (CDU/CSU): Das liegt natürlich auch ein bisschen an Ihrer Rede! - Gunther Krichbaum (CDU/CSU): Wir wollen lieber den Bartsch hören!)

Nach einem solchen Ernstfall, für den Sie in Osteuropa so lässig proben und von dem neuerdings in Militärkreisen wieder geredet wird, als wäre er ein kalkulierbares Ereignis, würde es Europa mit seinen über 700 Millionen Einwohnern vielleicht nicht mehr geben.

Das Urteil Willy Brandts, dass ein Krieg mit Russland nicht die Ultima Ratio, sondern die Ultima Irratio ist, das gilt doch heute nicht weniger als in den 70er-Jahren. Deshalb ist es dringend an der Zeit für eine eigenständige europäische Außenpolitik in der

Tradition der Entspannungspolitik und natürlich auch für die Ersetzung der US-dominierten NATO durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Einschluss Russlands.

(Beifall bei der LINKEN)

Schon Helmut Schmidt war der Meinung, dass heute mehr Gefahr von den USA als von Russland ausgeht. Das dürfte nach den nächsten US-Präsidentschaftswahlen, wenn im Weißen Haus entweder ein Halbverrückter oder eine Marionette der US-Rüstungslobby regiert, nicht viel anders werden.

(Gunther Krichbaum (CDU/CSU): Oh je, jetzt wird es vom Niveau her langsam unerträglich!)

Aber das Verhältnis zu Russland und die Kriegsgefahr sind leider nicht die einzigen Punkte, bei denen die politischen Uhren rückwärts laufen. Ich muss schon sagen: Ich finde es ebenso bezeichnend wie traurig, dass Ihre Regierungserklärung zu den Ergebnissen des Europäischen Rates letzte Woche mal eben von der Tagesordnung abgesetzt wurde. Wegschweigen, aussitzen, bloß nicht über Veränderungen reden - das können doch nicht ernsthaft Ihre Schlussfolgerungen aus der aktuellen Krise sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Der französische Ökonom Piketty hat doch recht, wenn er Ihnen, Frau Bundeskanzlerin, eine wesentliche Mitverantwortung für den Brexit und den zunehmenden Nationalismus andernorts gibt.

(Michael Grosse-Brömer (CDU/CSU): Das ist doch lächerlich!)

Ihre ständigen Alleingänge haben den europäischen Zusammenhalt ebenso wenig gestärkt wie die Besserwisserei, mit der die deutsche Regierung versucht, ganz Europa auf die Linie der deutschen Wirtschaftspolitik zu bringen. Halten Sie doch endlich einmal inne, und überdenken Sie Ihre Politik, bevor es

wirklich zu spät ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Das geeinte Europa, Verständigung und Zusammenarbeit zwischen jahrhundertlang verfeindeten Völkern, ein europäisches Sozialmodell als Alternative zum entfesselten Kapitalismus, das war einmal ein großes, ich würde sagen, ein großartiges Projekt. Es geht längst nicht mehr darum, ob dieses Projekt eine Zukunft hat. Es geht darum, ob es wieder eine Gegenwart bekommt; denn die europäische Integration hat sich doch längst ins Gegenteil verkehrt, in ein Projekt zur Entfesselung der Märkte und zur Aushebelung der Demokratie, in ein Projekt, das europaweit die Prekarisierung der Arbeit und den Abbau sozialer Leistungen vorantreibt. Die Wachstumsraten sind heute in den meisten EU-Staaten niedriger und die Arbeitslosigkeit höher als vor Einführung des Binnenmarktes. Ländern, in denen jeder zweite Jugendliche keinen Job und keine Perspektive hat, werden mit kaltem Ehrgeiz Kürzungsprogramme diktiert. Dieser Ehrgeiz verlässt die EU aber sofort, wenn es zum Beispiel darum geht, den Steuertricks von Apple, Google & Co. endlich die Grundlage zu entziehen. Dabei tragen sie weiß Gott mehr Verantwortung für die öffentlichen Defizite als angeblich generöse Sozialprogramme.

(Beifall bei der LINKEN)

Überall in Europa wächst die Ungleichheit. Zwischen schamlosem Reichtum am oberen und hoffnungsloser Armut am unteren Ende lebt eine schrumpfende, abstiegsgefährdete Mittelschicht, die sich politisch im Stich gelassen fühlt. Die Zustimmung zur EU geht doch nicht deshalb zurück, weil irgendwelche Nationalisten Stimmungen schüren. Die Zustimmung geht zurück, weil die Mehrheit schlicht keinen Grund hat, sich für eine EU zu begeistern, die ihren Wohlstand verringert und ihre demokratischen

Rechte aushebelt.

(Beifall bei der LINKEN - Michael Grosse-Brömer (CDU/CSU): Dann müssen sie in den Mitgliedstaaten mal die richtige Politik machen! Nicht immer nur Schulden machen, sondern eine bessere Politik! Das wäre der richtige Weg! - Max Straubinger (CDU/CSU): Dann müssen die sozialistisch regierten Länder mal eine bessere Politik machen!)

Die agilsten Gegner Europas sitzen heute in Brüssel. Es ist nicht bekannt, ob Marine Le Pen Herrn Juncker inzwischen für ihre Frexit-Kampagne als Mitarbeiter verpflichtet hat; aber er ist definitiv ihr bester Mann. Die Stimmen in Großbritannien waren kaum ausgezählt, als Herr Juncker noch einmal bekräftigte, dass das Handelsabkommen CETA ohne Zustimmung der Mitgliedstaaten in Kraft gesetzt werden soll. Inzwischen hat die Kommission den Mitgliedstaaten zwar großzügig das Recht zur Ratifizierung eingeräumt; allerdings ist das wieder nur ein Täuschungsmanöver, weil sie das Abkommen vorläufig in Kraft setzen will. Ich hätte von der Bundesregierung schon gerne gehört, wie sie zu dieser erneuten Unverschämtheit unserer Brüsseler Antidemokraten steht.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist ja nicht alles. Wenige Tage nach dem Brexit entschied die EU-Kommission, das mutmaßlich krebserregende Pflanzengift Glyphosat für weitere anderthalb Jahre zuzulassen. Das Defizitverfahren gegen Portugal und Spanien soll trotz Krise verschärft werden. Ignoranz gegenüber demokratischen Rechten, Einknicken gegenüber der Wirtschaftslobby und Gleichgültigkeit

(Max Straubinger (CDU/CSU): Sie wenden sich gegen Arbeitsplätze, Frau Wagenknecht, gegen die Wirtschaft!)

gegenüber einer perspektivlosen jungen Generation: Deutlicher als mit diesen drei Entscheidungen konnte man in der kurzen Zeit seit dem Brexit wirklich nicht all das demonstrieren, was die Menschen an der EU abstößt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wer nicht will, dass Europa endgültig zerfällt, der muss doch spätestens jetzt auf einen sozialen und demokratischen Neubeginn setzen, auf ein Europa, das die Menschen wieder begeistern kann und in dem Referenden nicht als Bedrohung, sondern als normaler Bestandteil der Demokratie empfunden werden.

(Beifall bei der LINKEN)

So ein Europa wollen zumindest wir als Linke, gerade weil wir nicht wollen, dass die Geister der Vergangenheit über unsere Zukunft bestimmen.

(Beifall bei der LINKEN - Ulli Nissen (SPD): Wer kann das klatschen?)